

## **Resolution der Jusos Lichtenberg: Solidarisch mit den Demonstrantinnen und Demonstranten in der Türkei**

Istanbul ist Partnerstadt von Berlin. Partnerschaften sollten nicht nur in guten Zeiten wirken, sondern auch und vor allem in schwierigen Zeiten. Daher muss der Stadt Berlin gerade eine besondere Bedeutung in der Partnerschaft mit Istanbul zugeschrieben werden.

Als Berlinerinnen und Berliner – welche in ihrer Geschichte besonders für Freiheit und Meinungsvielfalt gekämpft haben – müssen und wollen wir uns solidarisch mit den Demonstrantinnen und Demonstranten in der Türkei und besonders in Istanbul erklären. Das Verhalten der türkischen Regierung und deren gewaltsames Eingreifen verurteilen wir auf das schärfste. Dieses Verhalten kann nicht akzeptiert werden. Wir unterstützen all diejenigen, die mittlerweile nicht nur gegen ein Bauprojekt protestieren, sondern auch gegen die autoritäre Politik von Ministerpräsident Erdogan. Es gibt keine nachvollziehbare und legitime Rechtfertigung für das Vorgehen der Polizei und der Regierung gegen die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten. Dieses Vorgehen ist weit von der Europäischen Union geforderten, sowie von einem EU-Beitrittskandidaten unbedingt einzuhaltenden Menschenrechtsstandards, entfernt. Wir fordern daher die Einstellung des gewaltsamen Vorgehens gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten und einen sofortigen konstruktiven Dialog. Das Recht auf eine freie Meinungsäußerung der Demonstrantinnen und Demonstranten steht dabei nicht zur Verhandlung.

Die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung werden dazu aufgerufen, endlich die Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit in den Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei zu öffnen, um damit diesen Demokratisierungsprozess voran zu treiben.

Der kommende Parteikonvent der SPD wird ebenfalls gebeten, zu diesem Thema Stellung zu beziehen und eine Resolution zu verabschieden.